



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

377 (24.8.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192971](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192971)

Wamheimer Generalanzeiger

Verleger: Dr. Hermann Wamheimer, Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer. — Druck: Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer. — Redaktion: Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer.

Wichtige Neuere Nachrichten

Verleger: Dr. Hermann Wamheimer, Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer. — Druck: Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer. — Redaktion: Wamheimer-Druckerei, Wamheimer-Str. 10, Wamheimer.

Lloyd George und Moskau.

Im Augenblick gestaltet sich im Osten die Lage für Sowjet-Russland ungünstig. Die Franzosen und durch sie die Polen sind die Sieger, beherrschen die Lage. Russland wird zurückgedrängt, die Schranke zwischen Deutschland und Russland scheint wieder aufgerichtet, die Gefahr eines Einfallens der russischen Heere beseitigt. Hat Deutschland Anlaß diese Entwicklung zu begrüßen? Unsere Lage ist so trübe und trostlos, daß es schwer ist, eine Antwort auf diese Frage zu geben. Es wird wohl kaum einen Deutschen geben, der der Gestaltung der Dinge im Osten nicht mit zwiespältigen Gefühlen gegenübersteht. Erleichtert sie unsere innere Lage, so erschwert sie die äußere. Die Niederlage der Sowjet-Macht wirkt dämpfend und abkühlend auf unsere Rivalitäten. Der Tag ist wieder einmal hinausgeschoben, da die Bolschewisten und die Kommunisten sich die Hand reichen wollten, um in Deutschland die Diktatur des Proletariats zu errichten. Das Rote Heer, das die Weltrevolution trägt, ist nicht unwiderstehlich, es ist gehemmt in seinem Siegeszug, wer weiß, ausgehalten für immer. Die Hilfe aus dem Osten bleibt aus. Aber diese Erleichterung der inneren Lage erkaufen wir durch eine Erschwerung der äußeren. Die Mächte, die über Sowjet-Russland gesiegt haben, sind Deutschlands schlimmste Feinde, die Franzosen und die Polen. In Ober-Schlesien spürten wir bereits die Wirkung ihres Erfolges. Bleiben sie Sieger, bleibt im Osten das polnische Reich erhalten, das „notwendig ist für die Sicherheit Frankreichs“, so wird Deutschland unter einem ständigen Druck von unerhörter Stärke leben, weiter bedrängt, weiter eingesenkt sein. Abgeschnitten sein von der wirtschaftlichen und politischen Verbindung mit Russland.

Das ist das vorläufige Ergebnis der augenblicklichen Lage. Aber wir können nicht wissen, wie sie sich weiter entwickeln wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß das polnische Reich von Dauer sein wird. Russland wird — heute oder morgen seinen Versuch erneuern, die einengenden Schranken einzuräumen und seine Ausgänge zur Ostsee wieder frei zu machen. Und es wird an Volkskraft und an militärischer Kraft immer stärker sein als Polen. Aber wenn der Versuch erneuert wird, wird dann die Sowjet-Macht noch Russland leiten? Man sagt, nach ihr komme ein häßliches Reich, General Wrangel? Er kann versuchen, sich dauernd auf Frankreich zu stützen. Dann wird Frankreich Polen fallen lassen müssen, denn auch die Nachfolger der Bolschewisten in der Macht werden nur großrussische Machtpolitik treiben können. Mit Frankreich oder gegen Frankreich und Polen. Das sind die ferneren Möglichkeiten der russischen Entwicklung. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Deutschland hat keinen Anlaß, die Entwicklung als endgültig gegen seine Interessen abgeschlossen anzusehen. Aber es muß warten können, stille zu halten verstehen, auch wenn es schwer und schmerzhaft ist.

Für heute und die nächste Zukunft allerdings erscheint Deutschland von einer aktiven Einwirkung auf die Gestaltung der Dinge im Osten ausgeschlossen. Frankreich führt, England hat sich auf den Boden der französischen Ostpolitik gestellt, die vor allem Polens Größe und Bestand sichern will als vermeintlich beste und sicherste Schutzwehr gegen ein deutsch-russisches Zusammenwirken. Die Russen überspannen die den Polen gestellten Friedensbedingungen, vor allem fordern sie, daß Polen eine Rote Armee aufstellen soll. Diese in Anbetracht der Umstände reichlich un sinnige Forderung gab Lloyd George den willkommenen Vorwand, die Politik des Verhandeln mit Sowjetrussland abzubrechen. Er ist entsetzt und droht, Sowjetrussland nicht anzuerkennen. Die endgültige militärische Entscheidung zwischen Polen und Russland ist noch nicht gefallen. Da greift Lloyd George ein und droht die Lage waltens zugunsten der Polen zu wenden. Man muß nun abwarten, ob England seinen neuen Schlag gegen Sowjetrussland oder nur gegen Sowjetrussland zu führen beabsichtigt. Will er die Sowjet-Macht oder will er das nationale Russland treffen, das in diesem Kampf mit Polen sich seiner historischen Grenzen und Gebiete wieder zu bemächtigen sucht? Wir sehen noch nicht klar genug. Aber wir dürfen annehmen, daß die drohenden Beschlüsse von Luzern die Luft zwischen Russland und England, zwischen ganz Russland und den Alliierten erweitern werden. Den in Luzern geführten Schlag wird nicht nur das bolschewistische Russland als einen feindlichen Akt empfinden, wenn er gedacht ist als wirksame Unterstützung der großpolnischen Bestrebungen. Anders würde wenigstens das Ultimatum an Moskau kaum zu deuten sein. Doch müssen wir wohl noch genauere Nachrichten abwarten, namentlich die amtliche Mitteilung nicht von diesem Ultimatum spricht. Nach der langen Zurückhaltung Englands bedeutet die Luzerner Kundgebung von Lloyd George auf jeden Fall eine starke Ermütigung der Polen, deren Großmachtwahn durch die letzten Erfolge ohnehin schon über die Grenzen zu gehen drohte. Im Bunde mit Frankreich und England, das Russland offen unfreundlich begegnet, wird es in seinem Drang gegen Osten kaum noch zur Mäßigung gebracht werden können.

Giolittis Abreise von Luzern.

Luzern, 24. Aug. (W.B.) Giolitti ist heute Vormittag kurz nach 9 Uhr im Sonderzug nach Bern abgereist. Lloyd George hatte von seinem Gast bereits gestern sich verabschiedet und ließ sich heute durch seinen Privatsekretär vertreten.

Das Telegramm an Mitterand.

London, 24. Aug. (W.B.) Aus Luzern wird folgende offizielle Mitteilung verbreitet: Lloyd George und Giolitti haben an Mitterand folgendes Telegramm geschickt: Bei Ablauf unserer Zusammenkunft in Luzern enthielten wir Ihnen herzlichsten Gruß und sehen mit Vergnügen der nächsten Gelegenheit entgegen, mit Ihrer Begleitung zusammenzutreffen.

Darüber Stimmen über die Luzerner Besprechungen.

Paris, 24. Aug. (W.B.) Die Morgenblätter veröffentlichen Besprechungen über die amtliche Mitteilung, welche über die Besprechungen zwischen Lloyd George und Giolitti in Luzern

herausgegeben worden ist, und sind besonders über das Telegramm befreudigt, welches die beiden Ministerpräsidenten an Mitterand geschickt haben und bezüglich der Erklärung der beiden Staatsmänner hinsichtlich der Anerkennung der Rechte Polens auf den Hafen von Danzig. Weniger befreudigt sind die Blätter darüber, daß Lloyd George und Giolitti den Wunsch geäußert haben, daß die Sieger sich bemühen und die Besetzten loyal zuzuhören, damit der Friede in Europa raschestens wieder hergestellt werden könnte.

Der Matin fragt, ob es nicht amöblich sei, wenn das französische Volk den Besetzten Vorschlag ablehnt, und stellt die Frage, ob es loyal sei, wenn die Besetzten den Bolschewisten Ergebenheiten und der Minister des Innern den ersten Erfolg des Bolschewismus feierte, und die Stunde, in der Polen seines Ausganges zum Meer beraubt wurde, oder ob es loyal sei, wenn der Minister des Innern der Besetzten einen Krieg zwischen Deutschland und Polen ankündigt.

Das Petit Journal sagt: Lloyd George und Giolitti glauben, daß der Friedensvertrag von Versailles mit Mäßigung ausgeführt werden müsse. Soll damit gesagt sein, daß man Deutschland neue Zugeständnisse bewilligen müsse? Frankreich will gewiß Deutschland keine neuen Verpflichtungen auferlegen, aber es kann wieder auf die Garantien noch auf die Wiederannäherungen verzichten, die der Friedensvertrag ihm verspricht. Da Frankreich in dieser Angelegenheit hauptsächlich interessiert ist, hat es das Recht, sich zu weigern, allein die Kosten der Großmut zu tragen, die wieder nicht werden soll.

Das Journal ist erfreut darüber, daß die englische Regierung in Bezug auf Polen und Russland einen Weg eingeschlagen hat, der sie Frankreich wieder näher bringt. Diese Beiratsmeinung sprechen auch die meisten anderen Morgenblätter an. Der Gaulois schreibt, man könne nunmehr annehmen, daß die Terra des Mißverständnisses unter den Alliierten beendet ist.

Die verzweifelte Lage der bolschewistischen Armee.

Warschau, 23. Aug. (W.B.) Die bolschewistische Armee, die zwischen Rarow und der preussischen Grenze eingeschlossen ist, bemüht sich, unter blutigen Opfern der Jange, die sie gefaßt hat, zu entgehen. Sehr erbitterte Kämpfe finden in der Gegend von Soldau und Mawa an der Bahnlinie Warschau—Danzig statt, wo die Russen gezwungen sind, sich gegen zwei polnische Armeen zu verteidigen, von denen die eine von Medin, die andere aus Graudenz kommt. Die Bolschewisten versuchen, ihre Vortruppen, die sich zum Teil bis Grolau, zum Teil bis Bielsk vorgewagt hatten, zu retten. In Verlusten an Gefangenen in diesen Gegenden wurden in den beiden letzten Tagen die Zahl von 11 000 Mann erreicht. Hier versuchte die Rote Armee die polnische Linie auf der Straße Przasznica—Matow—Szczegocin zu durchbrechen und den Rarow zu überschreiten. Die Versuche sind gescheitert. Die polnischen Truppen, die den Rarow hinaufmarschierten, haben auf dem rechten Ufer die Bolschewisten geworfen. Infolge dessen hat das Groß der polnischen Kräfte, die von Warschau aus vorgehen, das ganze in der Gabelung des Bug und Rarow befindliche Gebiet besetzt.

Es bleibt daher der russischen Nordarmee nur der Ausweg übrig, sich einen Weg in der Richtung von Ostrolenka und Lonzha nach Bielsk und Grodno zu bahnen. Die polnischen Truppen marschieren daher in Eilmärschen auf Ostrolenka und Lonzha zu, während die Kavallerie, die den oberen Rarow erreicht hat, die Straßen zwischen Lonzha und Bielsk bereits gesperrt hat. Die Schloß, die sich am mittleren Rarow vorbereitet, wird über das ganze Gesicht der Roten Truppen zwischen dem Rarow und der preussischen Grenze entscheiden.

Aus Gollitzien wird ein bolschewistisches Abteilungsamt über gemeldet: Rote Truppen, Kavallerie und Infanterie führen gegenwärtig einen kühnen Vorstoß in Richtung Brody und Lemberg aus. Weiter südlich versuchen andere bolschewistische Abteilungen in der Gegend Lutz und Mabit—Wolhynien den Übergang über den Bug vor Hrublejow zu erzwingen. Sie wurden mit blutigen Verlusten zurückgeworfen. Das gleiche war der Fall bei den bolschewistischen Truppen, die in der Gegend von Lemberg auftraten. Die ukrainischen Reiter, die ihre früheren Stellungen an der Strypa hielten, wiesen alle bolschewistischen Angriffe erfolgreich ab, so daß dem äußersten rechten polnischen Flügel bis alte Frontlinie erhalten blieb.

Im Zentrum verschanzten sich die polnischen Truppen, die Bielsk genommen haben, an der Ostgrenze von Poljessie.

Man kann, sagt der Haasbericht hinzu, erwarten, daß der bolschewistische Vorstoß gegen Lemberg in kurzer Zeit erledigt sein wird.

Polens Dank für die französische Hilfe.

Warschau, 23. Aug. (W.B.) Die polnische Regierung richtete an General Weygand einen vom Vizepräsidenten des Ministerrates Dajonski unterzeichneten Brief, in dem sie dem großen Vertreter des unsterblichen Ruhms Frankreichs den Dank der polnischen Herzen für die großmütige Haltung und seine wirksame Hilfe in der Stunde der größten Gefahr, die die polnische Nation bedrohte, zum Ausdruck bringt.

Eine Warnung Amerikas an Polen.

Washington, 23. Aug. (W.B.) Die Vereinigten Staaten haben Polen durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Warschau informelle Vorkleisungen gemacht, in denen Polen davor gewarnt wird, seinen Heeren zu gestatten, bei der Gegenoffensive die ethnographischen Grenzen Polens zu überschreiten.

Weitere Erfolge Wrangels.

Konstantinopel, 23. Aug. (W.B.) General Wrangel hat einen weiteren großen Erfolg erzielt. Es wurden hierbei von ihm 10 000 Gefangene gemacht, 34 Kanonen und 100 Maschinengewehre erbeutet. Das ganze Gebiet längs des Dnjepr ist jetzt vom Feinde frei. Die Offensive der in der

Gegend des Don gelandeten russischen Truppen schreitet erfolgreich vorwärts.

London, 23. Aug. (W.B.) Der hier eingetroffene Heeresbericht des General Wrangels vom 15. August besagt: Wrangels Truppen haben die Küste des Schwarzen Meeres vor Adlor besetzt. Ferner sind Truppen Wrangels in Kuban, am Kowischen Meer und an der Donnmündung, wo die Russen auf unserer Seite stehen, gelandet worden. Ein dritter Versuch der Bolschewisten, Wrangeltruppen in der Richtung auf Prewow zurückzutreiben, ist fehlgeschlagen. Wrangel hat 6000 Gefangene gemacht.

Die Wahrung der deutschen Neutralität.

Allgemeines Verbot für Waffen- und Munitionsbeförderungen.

Berlin, 24. Aug. (W.B.) Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit den beteiligten Stellen und den Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der D. B. D., der U. S. B. D. und des Zentral-Eisenbahn-Betriebsrates eine Besprechung statt über die Frage der Beförderung von Waffen und Munition. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß sowohl Neutralitätsverträge als auch ungeländliche Frieden bestimmte Transporte unter allen Umständen verhindert werden sollten, denn die Realisierung steht unabhängig von dem Gang der internationalen Ereignisse fest auf dem Boden der strengsten Neutralität.

Zur Durchführung dieses Grundgedankes soll die Kontrolle verschärft werden. Andererseits ist es notwendig, um internationale Verbindungen zu vermeiden, alle willkürlichen Eingriffe Unberufenen zu verhindern. Eine strenge Kontrolle aller Transporte soll dadurch erreicht werden, daß man ein allgemeines Verbot für die Beförderung von Waffen und Munition erläßt, das von dem Reichskommissar für die Entwaffnung vorbereitet werden soll. Von diesem Verbot sollen lediglich folgende genommen werden:

1. die auf Grund des Friedensvertrages für die alliierten Truppen fahrplanmäßig zu besördernden regelmäßigen Transporte mit Krieg und Nachschub;
 2. die im Interesse der Verwaltungskosten des Reichsbahnministeriums zur Beförderung militärischen Materials auszuführenden Transporte.
- Die vorstehenden Transporte sollen besonders gekennzeichnet werden. Alle übrigen militärischen Transporte, also solche für die Reichswehr, werden von besonderen, in jedem einzelnen Falle eingeholenden Genehmigungen des Reichswehrministers, bzw. der Zentralpolizeistelle abhängig gemacht. Bei der Genehmigung dieser Transporte werden die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft beteiligt werden.
- Um die Beförderung nur einwandfreier Transporte zu gewährleisten, sollen bis zur endgültigen Klärung der Frage durch die in Aussicht genommene Verordnung nicht drück auf regende Anweisungen sofort den ausländischen Zentralbehörden gemeldet werden.

Die Lösung von Munitionsfendungen in Danzig.

Paris, 24. Aug. (W.B.) Der „Matin“ meldet aus London, daß der Völkerbund eine Erklärung veröffentlicht, daß er nichts mit der Verwaltung von Danzig zu tun habe. Sir Reginald Tower handelte nur als Bevollmächtigter der Alliierten.

London, 24. Aug. (W.B.) In Artikeln zur Weigerung Towers, die Lösung von Munitionsfendungen in Danzig zu gestatten, freien die englischen Blätter den französischen Anschuldigungen, daß Tower unrecht gehandelt habe, entgegen. Sie lesen dar, daß Tower sich einer eminent praktischen Frage gegenüber gelassen habe. Die deutschen Gewerkschaften seien gegen jede Landung von Munition gewesen und jeder Versuch, Munitionsfendungen durch polnische Arbeiter entladen zu lassen, würde zu einem Blutbade geführt haben.

Der Polenaufruf in Oberschlesien.

Berlin, 24. Aug. (Von unj. Berl. Büro.) In Oberschlesien hat die Lage im Laufe des heutigen Tages keine Besserung erfahren. Die Kreise Larnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz, Pleß und der größte Teil des Kreises Rybnik befinden sich in den Händen der Insurgenten. Die Entlassenen sind lediglich die Städte. Das ganze Land ist überflutet von polnischen Banden und Insurgenten. Die Interalliierte Kommission hat dem Vertreter der Reichsregierung in Oppeln erklärt, daß sie die Säuberung des ober-schlesischen Gebietes vornehmen und wieder gesetzmäßige Zustände einführen werde. Leider stehen die Tatsachen mit diesen Worten im Widerspruch. Die französischen Truppen, die in das Aufstandsgebiet eingerückt sind, haben die Entwaffnung nicht durchgeführt. Es fanden im Gegenteil Verbrüderungsfeiern zwischen den französischen Truppen und den Polen statt, die die Entwaffnung natürlich außerordentlich erschwerten. Sobald die Franzosen erschienen, waren die Waffen verschwunden und die französischen Kommandanten erklärten dann, es seien keine Waffen vorhanden. Demgegenüber haben die italienischen Truppen überall ihr Möglichstes getan, besonders im Kreise Rybnik. Sie sind aber leider zu schwach und nur an wenigen Stellen eingesetzt.

Befestigungszustand in Rybnik.

Beuthen, 24. Aug. (W.B.) Von der Interalliierten Kommission wird mitgeteilt, daß es feststehe, daß bewaffnete polnische Banden von jenseits der Grenze in den Kreis Rybnik eingedrungen sind. Zusammenstöße mit der Bevölkerung gehabt haben und ein Zustand entstanden sei, der nicht länger ertragen werden könne. Über den Kreis Rybnik sei daher der Befestigungszustand verhängt worden. Die Militärbehörden seien mit den nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung versehen worden.

Ein Aufruf der ober-schlesischen Gewerkschaften.

Beuthen, 24. Aug. (W.B.) Die D. A. B., die Kath. A. B. (Bz.), die U. S. B., die E. B. D., der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (Allgemeine Gewerkschaften), die Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände (F.A.), der deutsche Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften), der Verband deutscher Angestelltenvereine, die Ditsch-Dunkelröten Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten erlassen folgenden Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung:

Unsere ober-schlesische Heimat ist in tiefster Not. Deutsche und Polen stehen gegen einander, und Verderben ist gesesselt. Die Säure für diese Verbrechen gehört vor das Gericht. Wir wollen Frieden. Die Interalliierte Kommission verweigert uns, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Wir fordern am 21. August und General Gracior sicherte und folgendes zu

1. Restlose Entwaflnung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Nationalität.
 2. Aufhebung des Belagerungszustandes soweit die Verhältnisse es gestatten.
 3. Eingangssteuer deutscher und polnischer Arbeiter zur Wiederherstellung des Friedens.
 4. Verhütung von Gewalttaten aller Art.
- Die Bewaffnung polnischer Banden schreitet dennoch fort. Sie zeigen die Gewalt an sich und mißbrauchen sie. Dem muß ein Ende gemacht werden. Wird sie nicht erfüllt, dann sind wir entschlossen, dem Frieden durch einen Generalstreik zu erzwängen. Halte Euch bereit und warte auf den Ruf der Führer. Es geht um unsere Heimat!

Gegen das radikale Polentum.

TBO. Bern, 23. Aug. Von Kreisen, die sich die Deutscherhaltung der Ostmarken zum Ziele gesetzt haben, war auf heute vormittag eine öffentliche Protestversammlung gegen das radikale Polentum in Steffens Saalbau einberufen worden. Mehrere tausend Bürger und Bürgerinnen aller Stände waren dem Rufe gefolgt. Der Redner des Reichsverbandes Ostschu, W. B. Schöberl, schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf die in den an Polen gefallenen ehemals deutschen Landesteilen. Er verwies insbesondere auf die Art und Weise, in der die Bewohner dieser Landesteile, vielfach im Widerspruch mit den Bestimmungen der Versäßer Friedensverträge und unter völliger Mißachtung der Gesetze der Menschlichkeit von ihrer Scholle vertrieben worden sind, so daß sie heute angesichts der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit in Deutschland größter Not preisgegeben sind. Es herrschte in der Versammlung eine sehr erregte Stimmung, die sich wiederholt in scharfen Zwischenrufen gegen das Polentum Luft machte. Dem Vorsitzenden wurde der Verfassung ein Beschlußantrag unterbreitet, der von der Regierung die Ausweisung aller radikalsowjetischen Agitatoren verlangt und sich entschieden gegen die Einrichtung reinpolnischer Schulen in Deutschland ausspricht. Diesen Versammlungsteilnehmern war dieser Beschlußantrag nicht weitgehend genug.

Da einer aus der Versammlung beantragten Entschließung wurde die Ausweisung sämtlicher Polen ohne Unterschied gefordert. Hingegen meinte sich die Behauptung der Versammlung, auch von Versammlungsrednern wurden hiergegen entschiedene und ernste Bedenken geltend gemacht. Einige Redner betonten für ihre Verleugung, daß sie, obwohl polnische Namen tragend, doch in ihrem Inneren Herzen deutsch fühlten. Schließlich wurde die gemäßigte Entschließung der Versammlungsleitung angenommen. Der Entschließung der Versammlung Rechnung tragend, wurde in den Beschlußantrag noch ein Passus aufgenommen, der die Ausweisung der Mitglieder der polnischen Solowjereine verlangt. Zu der Versammlung hatte man auch den Minister des Innern Seewitz geladen, der aber verhindert war und mit seiner Vertretung die Arbeiterregierung betraut hatte. Der von dieser entsandte Volksvertreter Augustin-Buchum überreichte eine Erklärung der Regierung. In der diese darauf hinweist, daß sie an die Verfassung gebunden sei und deswegen den Polen keine Ausnahmebehandlung angedeihen lassen könne. Zur gleichen Zeit, in der die Versammlung in Steffens Saalbau tagte, fand eine Versammlung unter freiem Himmel vor dem Rathaus statt, an der ebenfalls mehrere tausend Personen teilnahmen. Hier wurde ebenfalls die erwähnte Resolution angenommen. Trotz der sehr erregten Stimmung verliefen beide Versammlungen ohne unheilvolle Störungen, die man vielfach befürchtet hatte.

Der neue Balkan.

von Wien, 19. August.

Die französische Politik der Intrigen in den ohnehin an Gegenständen so reichen Gebieten der mittel- und südeuropäischen Nationalstaaten läßt diese leise satirisierten, teils erschöpften Opfer des verflochtenen europäischen Krieges nicht zur Ruhe kommen. Die Verhandlungen, die von Saint-Sauveur als Mittelsmann der französischen Republik mit Ungarn geführt wurden, und deren Ergebnisse sich allmählich als eine Bedrohung der Beute des „Friedens“ für die Tschecho-Slowakei, Rumänien und Jugoslawien darstellten, schufen noch längeren geheimnisvollen Ministerreisen eine unter sich noch nicht ganz einige Staaten-Gruppe, die kurzerhand die „Kleine Entente“ benannt wird. Die Tschecho-Slowakei mit ihrem Sorgenkind der Slowakei, Rumänien mit seiner siebenbürgischen Beute, Jugoslawien mit dem getreidereicheren ehemaligen Südungarn bilden oder bilden bis vor ganz kurzem noch eine Art Garantie ihres Besizes, der von Frankreich in Budapest zum Teil wieder an Ungarn für die Förderung der Donauföderationsidee hätte vergeben werden sollen. Die Zerstückelung und Zerfahrenheit der französischen Politik zeigt sich übrigens bei diesem Konföderationspläne im hellsten Lichte, der Oesterreich durch seine Feindschaft den französischen Wünschen gegenüber in eine neue ungarisch-österreichische Staatenkombination unter der Führung der Habsburger hineinzuzwängen soll, derselben Habsburger, deren Sturz die französische Republik so gründlich betrieben hat. Durch dieses französische Bestreben ist auch der Anschlag Oesterreichs, soweit ihm dies bei seiner verminderten Entscheidungsfähigkeit möglich ist, an die Gruppe der ungarischen Randstaaten, welche, was die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien anlangt, nicht ganz ohne national-territoriale und wirtschaftliche Gegensätze Oesterreich gegenüberstehen, verknüpft. Bei der Tschecho-Slowakei, die mehrere Millionen Deutsche nicht gerade wohlwollend behandelt, und Oesterreich kommt die gemeinsame Abneigung gegen eine Wiederkehr der Habsburger als hauptsächlichster Beweggrund für ein Zusammengehen in Betracht, das für die Tschecho-Slowakei weiters noch einen sehr erwünschten, wenn auch nicht sehr stoffkräftigen Anstoß Ungarn vom Westen darstellt. Doch man in Oesterreich in einem großen Teil der politisch denkenden Bevölkerung der tschechischen Republik nicht sehr sympatisch gegenübersteht, hat seine guten nationalen Gründe. Der Gesundheit dieses losen Bündnisses ist es auch nicht gerade förderlich, daß die dazu strebenden Politiker beider Staaten dem sozialdemokratischen Lager angehören, die durch einen eventuellen Umsturz, ihre Existenz zu verlieren haben. Immerhin bilden diese Randstaaten, die Oesterreich ausgenommen, nicht nur ein Defensivbündnis darstellend, für Oesterreich eine gewisse Sicherheit, nicht in ein System gezwungen zu werden, das den politisch und wirtschaftlich gleich notwendigen Anstoß an das Deutsche Reich unmöglich macht. Die Frage Deutsch-Westungarns spielt dabei eine sekundäre Rolle.

So weit wäre also die Situation des mitteleuropäischen Balkans gefäbrt, wenn nicht die französische Endziele oberhalb von einigen Tagen eine neue Kombination angebahnt hätten. Rumänien, der strupelloseste und daher erfolgreichste Rumäner des vergessenen Blutes Anderer, ist, wie bekannt wird, zu einem Entgegenkommen an Ungarn, jedenfalls unter dem Eindruck der Erfolge der Bolschewisten bezogen worden. Als Grundlage für eine ungarisch-rumänische Auseinandersetzung, dient das Gebot von Temesvar, dessen Besitz wegen seiner überwiegend magyarischen Bevölkerung sich ohnehin zum Sorgenkind der rumänischen Nationalpolitik gestaltet. Sollten ungarisch-rumänische Verhandlungen, die schon wegen der guten polnisch-rumänischen Beziehungen unter günstigen Umständen stehen, zu einem Abschluß führen, so wäre die junge Interregnumgemeinschaft an den Grenzen Ungarns geprengt und das geheimnisvolle Konspirieren nach neuen defensiv-offensiven Abkommen würde von vorne beginnen. Dieser Zeitpunkt ist dann eingetreten, wenn in dem Weltlauf aus Prag, Wien,

Belgrad und Budapest nach Bukarest, trotz allen Geschehnissen der Vergangenheit, Ungarn Sieger geblieben ist, was sich in Kürze herausstellen muß.

Die in Belgrad beim Besuche des tschecho-slowakischen Außenministers Bensch gewechselten Reden, insbesondere die des von Frankreich seinerzeit begünstigten, Italien ablehnenden Bensch, beweisen, daß mit einer naturgemäßen engeren Verbindung der Tschecho-Slowakei mit Jugoslawien unbedingt zu rechnen ist. Welche Rolle Deutschland in dieser Kombination zu spielen beufen ist, läßt sich mit Sicherheit schwer sagen. Die deutschösterreichische Republik ist ein allzu labiler Faktor in dem Kräftefeld Mittel-Europas, um nicht den Einflüssen des Stärksten in ihrer Behrlosigkeit zu unterliegen. Die Frage der Zukunft wird sein: Wer ist der Stärkste? Die Randstaatenkombination oder Frankreich? Republik oder — Monarchie?

Festere Haltung!

Der Vorstand des Landesverbandes Odenburg der Deutschen Volkspartei hielt am 17. August eine Tagung ab, in der er sich mit den politischen Vorgängen der vergangenen Wochen befaßte. Die einstimmige Auffassung des gesamten Vorstandes fand ihren Niederschlag in der folgenden Entschließung:

Der Landesverband Odenburg der Deutschen Volkspartei hat unter voller Würdigung der Schwierigkeiten, die sich der Reichstagsfraktion bei der Durchführung einer nationalen Politik entgegenstellen, die politischen Ereignisse der letzten Monate mit schwerer Sorge verfolgt. Er erwartet, daß die Partei und die aus ihr hervorgegangenen Mitglieder des Reichsministeriums an den Verhandlungen in Genf nur teilnehmen, wenn für sie eine festere Haltung der deutschen Politik festgelegt wird, als sie in Spa zu erkennen war.

Im zahlreichen Flüßel hat der Feindbund sich über den Inhalt des Friedensvertrages zum Nachteil Deutschlands höchst mißfällig hinweggesetzt. Die Behandlung der Besatzungsgruppen im Rheinland und die dauernde Zurückhaltung unglücklicher Kriegsgefangener sind so viele Verleugungen gegen den Geist der Menschlichkeit, daß wir es ablehnen sollten, vor der Abstellung dieser Beschwerden überhaupt in Verhandlungen über die Entschädigungsforderungen einzutreten.

Eine gründliche Besserung der inneren und äußeren Lage ist erst dann zu erwarten, wenn die deutsche Volkspartei ihre Einseitigkeit zu den außenpolitischen Fragen grundsätzlich geändert haben. Zu dieser Aenderung mitzumachen, ist die Deutsche Volkspartei in erster Reihe berufen. Sie macht sich dazu unfähig, wenn sie für eine Politik die Verantwortung trägt, die nur auf das Ausweichen vor augenblicklichen Schwierigkeiten abgestellt ist und so die notwendige Klärung der Anschauungen zurückhält.

Der Landesverband ist sich nicht bewußt, daß der Ernst der äußeren und inneren Lage dazu beizutragen, alles zusammenzufassen, was wirklich wieder aufbauen will, und daß deshalb versucht werden muß, sowohl die Wechsellagerung als die Deutsch-nationalen zur positiven Mitarbeit zu gewinnen. Scheitert dieser Versuch an dem Widerstand der Linken, so ist der Austritt aus der Regierung einer schwächlichen Kompromißpolitik vorzuziehen.

Die Durchführung des Entwaflnungsgesetzes.

Der Reichskommissar Dr. Peters, sprach sich heute vor Vertretern der Presse über die Durchführung des Entwaflnungsgesetzes aus. Er betonte, daß er auch ohne die aus dem Entente aufgelegte Verpflichtung die Entwaflnung für notwendig halten würde, wenn wir wieder zum inneren Frieden und ungehinderten Aufbau kommen wollten. Er deutete nicht daran, mit welcher Hast die Durchführung zu beginnen, da dies die schwersten Entscheidungen bedürftig mache, sondern er wolle zunächst die freibleibenden Mittel revidieren. Er fragte sich mit der Hoffnung, daß auch auf diesem Wege noch milderer erreicht werden könne. Der Grundgedanke, von dem er sich bei der Arbeit leiten lasse, sei der, daß alle Maßnahmen in strenger Rücksicht gegen jedermann getroffen werden sollen. Eine allgemeine Disziplinierungsperiode sei unzulässig, sei unbedingt notwendig. Diese solle am 15. September beginnen und bis zum 1. November laufen. Eine frühere Abklärung sei nicht möglich, da in allen Ländern erst die notwendigen Organisationen geschaffen werden müßten. Das Gesetz sei eine Kugelgeschloß nicht nur für den vor, der größere Bestimmungen im Blick habe, sondern auch für den, der Kenntnis von solchen Maßnahmen habe. Neben den einzelnen Personen, sind auch alle Vereinigungen, die selbst oder deren Mitglieder über Waffen verfügen, der Anzeigepflicht unterworfen.

Der Reichskommissar erklärte, daß die Organisationsarbeiten, wenn sie Waffensachen betreffen, die entwaflnet werden müßten. Wenn sie nicht über Waffen verfügen, gingen sie ihn nichts an. Die in den letzten Tagen mehrfach erörterte Frage, ob die von verschiedenen Ländern gegen die Organisationsarbeiten getroffenen Maßnahmen zu Recht befürchten, habe er nicht zu entscheiden, das sei Sache der von den Organisationen anzuwendenden Gerichte und Behörden. Einen allgemeinen Entwaflnungstermin für diese Personenvereinigungen festzusetzen, sei nicht möglich, da die örtliche Verhältnisse zu berücksichtigen seien. Durch parlamentarischen Betrat wurde nach der Bestimmung eingeleitet, daß die Entwaflnung einzelner Gebiete um erst vorgenommen werden soll, wenn gewisse Maßnahmen zum Schutze der Bewohner von den Behörden getroffen seien. Er, der Reichskommissar habe sich gegen diese Bestimmung gewandt, da sie gewisse Unklarheiten zulasse. Die Abklärung erfolge bei jeder Kreisbehörde. Dr. Peters beabsichtigt nun, die Entwaflnung des Gesetzes Gebrauch zu machen und nach- oder Weiterkommnisse für die Länder zu erörtern, um die Schnelligkeit der Durchführung zu fördern. Er will auch, trotz der das Gesetz ermächtigt, Verleumdungen für rasche Abklärung erwirken und zwar sollen in der Zeit bis 10. Oktober für jedes Gebiete und innerhalb 100 Meilen, für andere Gebiete entsprechend mehr oder weniger befristet werden, in der Zeit vom 10. Oktober bis 30. März. Nach dem 1. November werden die Waffen für ortsfest erklärt und die Besitzer legen sich den im Gesetz vorgeschriebenen Regeln an. Es werde zu überlegen sein, ob denn das Verbot nicht nur verboten solle und demjenigen eine Befugnis zusteht, der Mittelung über das Verbotensverstoß von Waffen irgend einer Art macht. Der Reichskommissar möchte nicht als Führer des Verbotensverstoßes erscheinen, weshalb über diese Maßnahmen, die der Gesetzgeber allerdings vorgeschrieben hat, auch noch nicht endgültig beschlossen werden ist. Die Gemeinden seien die Stelle, wo die Waffen abgeliefert und unverzüglich vernichtet gemacht werden sollen. Durch Sammelorganisationen werden diese unbedenklich gemachten Waffen abgeliefert und der Verwertungsanstalt des Reichswehrministeriums anvertraut. Die Verwertung, für die der Reichskommissar sich in erster Linie die Mitwirkung der Kreise erbat, soll durch Polizei und auch einen Film unterstützt werden. Welche Maßnahmen zu treffen seien, wenn die freibleibenden Mittel nicht zum Ziele führen sollten, soll erst später entschieden werden. Der Reichskommissar sieht seine Aufgabe als sehr schwierig an und ist sich bewußt, daß er Gefahr laufe, es letzten Endes mit Allen zu verdienen. Er könne sich nicht umhören, anzufragen seiner eigenen Liebesorgane. Wollten wir wieder aufkommen, müßten wir diesen Entwaflnungsgesetz immerhin erst beiseite räumen. Sein Betrat werde sein mit jedermann, wenn es sein muß, gegen jedermann!

Die Arbeiterkraft und der Steuerabzug.

Die Karlsruher Zeitung, 24. Aug. (Priv.-Tel.) Unter dieser Ueberschrift nimmt die „Karlsruher Zeitung“ heute in einer längeren amtlichen Mitteilung nochmals Stellung gegen die in Arbeiterkreisen fortwährenden Bewegungen gegen den Steuerabzug. Sie führt dabei unter anderem aus, daß die Meinung, die im Einkommensteuergesetz vorgesehene Höhe seien erheblich höher als die bisherigen, in Baden nur für die hohen Einkommen zutrifft. Für die Mehrzahl der Steuerzahler bringe der Tarif eine Besserung, was in den meisten Fällen nur aus dem Grunde nicht zum Ausdruck kommt, weil das Einkommen selbst gegenüber dem für die letzte Landessteuerveranlagung

moßgebenden erheblich gestiegen sei. Da die Höhe des Einkommensteuertarifes, so heißt es dann weiter, das für das Fortbestehen von Reich, Staat und Gemeinden unbedingt Notwendige bilden, so ist es klar, daß der finanzielle Ruin von Reich, Ländern und Gemeinden die Folge wäre, wenn die Einkommensteuer zu einem nennenswerten Teil nicht einlänge. Es besteht kein Zweifel darüber, daß andere Stände dem Beispiel der Arbeiter folgen würden, wenn diese mit ihrer Steuerbewegung Erfolg hätten. Das Reichsfinanzministerium kann u. darf deshalb auf die Durchführung des Lohnabzugs in der durch das Ergänzungsgesetz gemilderten Form nicht verzichten, da nichts weniger als die finanzielle Existenz von Reich, Ländern und Gemeinden in diesem Falle auf dem Spiele steht. Was aber der völlige Zusammenbruch des Staates auch für den einzelnen Staatsbürger und nicht zuletzt auch für den Arbeiter bedeutet, kann jeder erfassen, der einigermaßen einen Einblick in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens hat.

Wenn die Arbeiter in einzelnen Betrieben verlangt haben, die Arbeitgeber sollten die durch Lohnabzug zu erhebenden Steuerbeträge aus eigener Tasche decken, so muß dem entgegengehalten werden, daß wenn dies bei der heutigen wirtschaftlichen Lage der Industrie möglich wäre, der angestrebte Preisabbau vereitelt würde, ganz abgesehen davon, daß keine Rede davon sein kann, eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern grundsätzlich von Steuerlasten zu befreien, welche die übrigen ausnahmslos zu erfüllen haben. In der Mitteilung wird zum Schluß die Hoffnung ausgesprochen, daß beide Teile das Ihre tun würden, um einen reibungslosen Vollzug zu sichern, um dadurch die unheilvollen Folgen eines finanziellen Zusammenbruchs von unserem schwergeprüften Volk fernzuhalten.

Letzte Meldungen.

Caer Pajcha in Moskau.

Berlin, 24. August. (Von unserem Berliner Büro.) Nach Nachrichten aus hiesigen Orientkreisen soll es Caer Pajcha gegliedert sein, nach einem gelegentlichen Aufenthalt ohne Wissen der Behörde, in Deutschland, nach Moskau zu entkommen. Er empfing dort bereits eine malimedonische Abordnung aus Innerasien, um eine englant/eindliche Bewegung dort in die Wege zu leiten.

Belgien und Polen.

Brüssel, 24. Aug. (W.R.) Der Kabinettsrat hat beschlossen, seinen Entschluß in der polnischen Angelegenheit nicht abzuändern, solange nicht bestätigt ist, daß die Souveränität Polens, die durch den Vertrag von Versailles garantiert worden ist, durch die Friedensbedingungen der Russen in Gefahr wäre.

Der deutsche Ernährungsminister in London.

Paris, 24. August. (W.R.) Nach einer Mitteilung aus London ist der deutsche Ernährungsminister Dr. Hermes mit mehreren Sachverständigen in London eingetroffen. Er führt Verhandlungen mit der englischen Regierung wegen der Ernährung der deutschen Bergarbeiter, die durch das Kohlenabkommen von Spa vorgegeben waren.

Entschiedenem Auftreten der Liga für Menschenrechte.

Paris, 24. Aug. (W.R.) Die Liga für Menschenrechte von Offiziellen eine Erklärung zu Gunsten eines in St. Ingbert in der Pfalz verurteilten Bürgers namens Johann Burger, der zu zehn Jahren Gefängnis und zu zwanzig Jahren Aufenthalt im Verbot verurteilt worden ist, weil er angeblich einen französischen Posten betäubigt haben soll. Burger sei unschuldig und seinen Verleumdungen sei nicht die Möglichkeit gegeben worden, oder Entlastungszeugen zur Verhandlung zu laden. Die Liga für Menschenrechte hat daher von der Regierung die Revision des Urteils und zuerst die Begnadigung des Verurteilten verlangt. Auf einen Brief habe der Kriegsminister nur mit einem einfachen Schreiben geantwortet, daß die Angelegenheit geprüft werde. Wenn die Angelegenheit nicht in kürzester Frist eine günstige Lösung gefunden haben wird, so wird die Liga für Menschenrechte die öffentliche Meinung mit der Angelegenheit befallen lassen. Selbst einem Deutschen gegenüber schäme man Gerechtigkeit.

Wiesamer Traid.

TBO. Köln, 23. Aug. Ein Kölner Bürger suchte lange eine neue Wohnung. Als seine Bemühungen waren vergeblich. Schließlich verließ er auf einen Traid. Er inserierte: „Amerikaner sucht leere Wohnung.“ Der „Amerikaner“ zog. Während dem Bandmann nicht eine einzige Wohnung zur Verfügung stand, wurden dem „Amerikaner“ auf der Stelle zehn leere Wohnungen angeboten, die dem Wohnungsamt zur weiteren Nebenbei-Behandlung angeboten wurden.

Gegen die Ueberflachten.

TBO. Essen (Ruhr), 23. Aug. Die Ueberflachten der Schachtanlage „Amalia“ hat beschlossen, weitere Ueberflachten zum Zweck der Leistung von zwei Millionen Tonnen an die Entente nicht mehr zu verfahren, weil sie nicht gewillt ist, die Ausbeutung durch das internationale Kapital noch verstärken zu lassen. Es werde der Frage der Ueberarbeit erst wieder näher treten, wenn folgende Forderungen erfüllt seien: 1. Besserung der Ernährung. 2. Volles Arbeitsbestimmungsrecht der Betriebskräfte bei der Produktion. 3. Sozialisierung der Bergwerke. 4. Regelung des ungerechtfertigten Prozentsatzes Steuerabzugs. 5. Regelung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Sechsstundenarbeit. 6. Entsprechende Lohnherabsetzung der Schicht gefordert ist.

Ueberflachten für das Aachener Revier gesichert.

Aachen, 24. Aug. (W.R.) Nach den letzten Verhandlungen der Arbeitergemeinschaft für den Aachener Bergbau, bei denen als Vertreter des Reichsarbeitsministers Ministerialrat Dr. Bodenstein teilnahm, sind auch die Ueberflachten für dieses Revier gesichert. Wohlwollige Zulagen wie den Ruhrbergleuten werden auch für Ueberflachten in Aachen gewährt. Im Anschluß an die normale siebenstündige Schicht wird täglich noch eine achte Stunde verfahren.

Beendigung des Hamburger Verkehrsstreiks.

Hamburg, 24. Aug. (W.R.) Nachdem am Montag die zwischen dem Vorstande der Hochbahn und den Streikenden abgehaltenen Verhandlungen zu einer vollen Einigung geführt haben, wird die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen werden.

Strengere Kontrolle beim Verkehr über den Rhein.

Düsseldorf, 24. Aug. (Priv.-Tel.) Für den Verkehr zwischen den beiden Rheinufern haben die Besatzungsbehörden wieder eine strengere Kontrolle eingeführt. Die Rheinfähre zwischen Düsseldorf und Oberkassel mußte den Betrieb einstellen, ebenso die Rheinfähre bei Damm und bei Crimmighausen. Bei dem Verkehr über die Rheinfähren wird auch wieder besondere Durchsuchung vorgenommen, besonders wird nach Waffen, kommunikativen Mitteln und Nachrichten gesucht. Auf der Weide wurden 8 Personen verhaftet, die im Besitze von Waffen waren. Die deutschen Waffenscheine werden, wie erst kürzlich in einer amtlichen Bekanntmachung mitgeteilt wurde, von der Besatzungsbehörde nicht anerkannt.

TBO. Essen (Ruhr), 23. Aug. Der hier tätige Kriminalkommissar Sudendorff ist zum 1. November an das Postinspektoriat Kassel versetzt worden. Nach Mitteilungen der Kasser Post ist er um einen Bruder des Generals Sudendorff.

Leiche in Worms in der Kaiser Wilhelmstraße in eine Morbidgebe...

Mainz, 22. Aug. Die Morphiumdiebstähle in der chemischen Fabrik...

Fp. aus Rheinhessen, 23. Aug. Eine lebhafte Nachfrage nach...

sw. Frankfurt, 22. Aug. Die Schiffsahrt auf dem Main ist in...

Sportliche Rundschau. Fernfahrt Freiburg-Mannheim.

Zum siebenten Male gelangte dieses Rennen, wie bereits kurz mitgeteilt...

Die nach und nach auf 6 Mann zusammengeschrumpfte Spitzengruppe...

die gesamte Volksbildung in den Kreis ihrer Erörterungen ziehen...

Im ersten der bis jetzt erschienenen vier Hefte beschäftigt sich Dr. D. Kugler...

Einen weiteren Kommentar zu einem derartigen Studienplan für...

belehrend in Städten wurden die Fahrer oft durch dicke Menschenmengen...

Näher-Westrennen um den Wanderpreis der Stadt Frankfurt.

Schießwache: J. J. Koch (Offenbach); Zielrichter: Carl v. v. Enden...

1. Abteilung: 1. Frankfurter R.-G. Söfchenhausen (Carl Eck, Franz...

2. Abteilung: 1. Frankfurter Ruderclub Germania (Karl Naack, Adolf...

3. Abteilung: 1. Frankfurter Ruderclub Germania (Karl Naack, Adolf...

Die Preisverteilung nahm im Auftrage des Magistrats Stadtrat...

Schwimmen. Bei den Weltschwimmern „Duer durch den langen See“ (3800 Meter)...

Turnen. ch. Reichenstein, 21. Aug. Zum Abschluss des diesigen Turnvereins...

Pädagogik, sich ebenfals durchführen lassen wie an den Universitäten...

Wenn diese Pädagogischen Akademien, weil sie andere Ziele als die...

Ebenso könnte der auf der Pädagogischen Akademie vorgebildete...

Hochschulnachrichten.

o Zur Frage des Abbaues der Universitäten sind die „Kleineren Nachrichten“...

war Herr Perch aus Offenbach. Beim Judisikamp konnte man beobachten...

Radsport.

Die Beherzheit des Rad-Leutenants „Schwabe“ fand am Sonntag...

Wandern.

1. Jugendwandern. — Jugendherbergen. Im Anschluss an die am 26. August...

Hundesport.

Die am Sonntag im Südbahnhof Schloß- und Viehhof stattgefundenen...

Büchertisch.

Madame Weill. Das soeben erschienene Werk Nr. 5, dieses von Ludwig...

Der Urbe. Ein Gegenwärtigerroman von Hans Kopschitz (Hermann Coor)...

Scholarlemann: Selige Anna. Verlag von Curtius u. Weller, Leipzig...

Wetternachrichtendienst.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck in mm, Temp. in Grad C, Wind, Bewölkt., Wetter, Niederschlag in mm.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7 Uhr morgens)

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck in mm, Temp. in Grad C, Wind, Bewölkt., Wetter, Niederschlag in mm.

Allgemeine Witterungsaussichten.

Das nördliche Tiefdruckgebiet ist ebenfalls nach Rußland gezogen...

Wettervorauslage bis Mittwoch, 25. August, 12 Uhr nachts: Zeitweise auflockernd, noch immer frischweiche Regen, besonders in Südbaden...

